

Brannschweigert Zeitung
08. September 1981

1100 Einsprüche gegen Atommüll-Kompaktanlage

HAMELN (lni) Mit 1100 Sammel-einsprüchen, die sie am Montag dem niedersächsischen Sozialminister Hermann Schnipkoweit in Hannover überreichte, protestiert die Alternative Wählergemeinschaft Hameln-Pyrmont gegen das geplante Atommüll-Kompaktlager in dem im Bau befindlichen Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln.

Nach Angaben von Sprechern der Alternativen Wählergemeinschaft werden die Einsprüche mit einem Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt vom 3. September 1981 begründet. In dieser Verwaltungsgerichtsentscheidung wurde die Genehmigung des Kompaktlagerbetriebs im AKW Biblis A und B

abgelehnt, weil das Atomgesetz für Kompaktlager keinen Genehmigungstatbestand vorsehe.

Wie die Kreistagsabgeordnete Heide von Bernstorff mitteilte, machte die Alternative Wählergemeinschaft außerdem geltend, daß die vom Katastrophenschutzplan im Störfall vorgeschriebene kurzfristige Evakuierung von über 100 000 Landkreisbewohnern unmöglich sei.

Sie stützt sich dabei auf ein Gutachten des Öko-Instituts in Freiburg, das nach ihren Angaben von der Stadt Hameln für eine Klage gegen das AKW-Grohnde in Auftrag gegeben wurde.